



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

Düsseldorf, 1975

2. Errichtung, Organisation, Aufbau und Studienangebot.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-51240](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-51240)

2. Errichtung, Organisation, Aufbau und Studienangebot

2.1 Errichtung

Grundlage für die Errichtung der fünf Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal zum 1. August 1972 ist das Gesamthochschulentwicklungsgesetz (GHEG) vom 30. Mai 1972 (das Gesetz ist als Anlage 1 abgedruckt).

Die neuen Gesamthochschulen bauen auf einem Kern von insgesamt elf an den Standorten bereits vorhandenen Hochschuleinrichtungen auf, die mit ihrem Bestand an Studenten und Personal in sie übergeleitet worden sind. Es sind dies bei allen Gesamthochschulen je eine Abteilung der Pädagogischen Hochschulen und eine Fachhochschule; in Essen zusätzlich das bisher zur Universität Bochum gehörende Klinikum.

In die Gesamthochschulen wurden am 1. August 1972 übergeleitet:

- In Duisburg die Abteilung Duisburg der Pädagogischen Hochschule Ruhr und die Fachhochschule Duisburg.
- In Essen die Abteilungen für Theoretische und Praktische Medizin der Universität Bochum (Klinikum), die Abteilung Essen der Pädagogischen Hochschule Ruhr und die Fachhochschule Essen.
- In Paderborn die Abteilung Paderborn der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe und die Fachhochschule Paderborn mit Abteilungen in Höxter, Meschede, Paderborn und Soest.
- In Siegen die Abteilung Siegerland der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe und die Fachhochschule Siegen mit Abteilungen in Siegen und Gummersbach.
- In Wuppertal die Abteilung Wuppertal der Pädagogischen Hochschule Rheinland und die Fachhochschule Wuppertal.

Die Gesamthochschulen haben den gesetzlichen Auftrag, die von den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen wahrzunehmenden Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium mit dem Ziel der Integration zu vereinigen und Aufgaben der Fort- und Weiterbildung wahrzunehmen (vgl. § 1 GHEG).

Im übrigen gilt für die Gesamthochschulen das Hochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 7. April 1970 (GV. NW. S. 254),

soweit sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz nichts anderes ergibt.

Die Standortplanung folgte dem Prinzip der Regionalisierung des Hochschulausbaus. Dessen Ziel ist eine regional und fachlich differenzierte und ausgewogene Hochschulstruktur, die einerseits besonders auf sozial schwächere Schichten bildungswerbend wirkt und andererseits die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert.

Die hochschulplanerischen Grunddaten über die Ausbauziele der neuen Gesamthochschulen, insbesondere über Fächerverteilung, Studiengänge und Zahl der Studienplätze wurden bereits im Jahre 1971 ermittelt und festgelegt. Die wichtigsten Daten ergeben sich aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der CDU-Fraktion, die dem Landtag am 19. Oktober 1971 zugeleitet worden ist. Diese Entwicklungsplanung ist inzwischen in bezug auf die Fächerverteilung nach Studienplätzen fortgeschrieben worden. Nach dem neuesten Stand sind für die fünf Gesamthochschulen 1975 insgesamt 34 600 und 1980 insgesamt 46 850 Studienplätze vorgesehen (vgl. hierzu S. 65 ff.)

2.2 Organisation

2.2.1 Prinzipien

Die organisatorischen Grundprinzipien der Gesamthochschulen ergeben sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz und aus der „Vorläufigen Grundordnung“ (VGrundO), die der Minister für Wissenschaft und Forschung gemäß der Ermächtigung in § 18 Abs. 1 GHEG für jede Gesamthochschule erlassen hat (als Beispiel ist die VGrundO der Gesamthochschule Wuppertal in der Fassung vom 28. Februar 1974 als Anlage 2 abgedruckt). Diese Grundordnungen, die am 1. August 1972 in Kraft getreten sind, bilden bis zur Verabschiedung der Gesamthochschulsatzungen durch die Gesamthochschulen deren Verfassung. Alle fünf Grundordnungen stimmen in ihrem Wortlaut weitgehend überein. Abweichungen ergeben sich im wesentlichen lediglich bei der Fachbereichsgliederung. Für die Gesamthochschule Essen wurde eine zusätzliche Regelung getroffen, die den Besonderheiten des Klinikums Rechnung trägt.

Im einzelnen ist die Organisation der Selbstverwaltung durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- Bildung eines Gründungssenats, dessen Zusammensetzung in § 19 GHEG geregelt ist, als zentrales Entscheidungsorgan der Gesamthochschule in allen Grundsatz- und Koordinierungsfragen (kein Konvent; Aufgaben, die ihm nach dem Hochschulgesetz obliegen, nimmt in der Gründungsphase der Minister für Wissenschaft und Forschung nach § 18 GHEG wahr);
- Einführung der Rektoratsverfassung mit einem Gründungsrektorat als kollegialem Leitungsorgan der Gesamthochschule, bestehend aus dem Gründungsrektor, drei Konrektoren und dem Kanzler;
- Festlegung der Aufgaben und Befugnisse des Kanzlers, der die Geschäfte der Hochschulverwaltung führt und für den Haushalt verantwortlich ist;
- Bildung von drei Ständigen Kommissionen (Struktur- und Haushaltskommission, Studienkommission und Forschungskommission), die zwischen Gründungssenat und Gründungsrektorat angesiedelt sind und die Arbeit dieser Gremien vorbereitend und beratend unterstützen;
- Bildung von „Gemeinsamen Ausschüssen“ mehrerer Fachbereiche auf der Fachbereichsebene (neben den Fachbereichsorganen Fachbereichsversammlung, Fachbereichsrat und Dekan), die wegen der fachbezogenen und studiengangübergreifenden neuen Fachbereichsstruktur unter anderem die Befugnisse haben, Studien- und Hochschulprüfungsordnungen zu beschließen und Studienpläne aufzustellen, an die die beteiligten Fachbereiche gebunden sind;
- Festlegung der Paritäten in den Gremien der Gesamthochschule und der Fachbereiche nach dem Grundsatz einer funktionsbestimmten Mitwirkung aller Hochschulgruppen;
- Verpflichtung der Gesamthochschulen, als zentrale Einrichtungen eine Gesamthochschulbibliothek, ein Hochschuldidaktisches Zentrum und eine zentrale Studienberatungsstelle einzurichten, Präzisierung dieser Aufgaben und der Organisationsgrundsätze;
- Bildung eines Kuratoriums, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Gründungssenat der Gesamthochschule und zur Hälfte vom Rat der Stadt, in der die Gesamthochschule ihren Sitz hat, benannt werden und das den Aufbau der Gesamthochschule und ihre Integration in die Region durch geeignete Maßnahmen unterstützen soll.

Insgesamt enthalten die Vorläufigen Grundordnungen in sich ausgewogene Regelungen, die zumindest während der Gründungsphase eine ausreichende Grundlage für die Selbstverwaltung der Gesamthochschulen darstellen.

2.2.2 Fachbereichsgliederung

Nach § 14 Abs. 1 GHEG waren die am 1. August 1972 vorhandenen Grundeinheiten von Forschung und Lehre der übergeleiteten Einrichtungen unverändert in die Gesamthochschule zu überführen. Bei einer Addition dieser sehr heterogenen und meist studien-gangbezogenen Fachbereiche und Seminare hätten sich jedoch alsbald ein „Universitätsbereich“, ein „PH-Bereich“ und ein „Fachhochschulbereich“ entwickelt. Damit wäre an der Abschottung der Studiengänge festgehalten und die Studienreform schon im Ansatz gefährdet worden: im Ergebnis wären kooperative Gesamthochschulen entstanden.

Um die integrierte Gesamthochschule vorzubereiten, wurden deshalb gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 3 GHEG die alten Grundeinheiten aufgelöst und neue Fachbereiche gebildet.

Die neuen Fachbereiche sind im Gegensatz zu den bisherigen Strukturen rein fachbezogen angelegt. Sie übergreifen in der Regel mehrere Studiengänge und fassen alle wissenschaftlichen Einrichtungen eines Fachs oder mehrerer verwandter Fächer zusammen und bieten die fachspezifische Lehre für alle beteiligten Studiengänge an (z. B. Mathematik für die Studiengänge mit den Abschlüssen „Diplom-Mathematiker“, „Diplom-Ingenieur“ und „Lehrer“).

Einem Fachbereich gehören alle Hochschullehrer an, die überwiegend in Fächern des Fachbereichs tätig sind. Einem Fachbereich sind alle Studenten zugeordnet, deren Studienfächer ganz oder teilweise von diesem Fachbereich angeboten werden.

Durch diese übergreifende Fachbereichsgliederung soll die horizontale und vertikale Integration von Studiengängen gefördert und interdisziplinäres Forschen und Lehren ermöglicht werden. Daneben soll sie auch die personelle Integration des Lehr- und Forschungspersonals, das aus verschiedenartigen Einrichtungen kommt, erleichtern.

Die neue Fachbereichskonzeption wurde vor ihrer Inkraftsetzung mit den übergeleiteten Einrichtungen erörtert. Sie fand als Prinzip einhellige Zustimmung. Sie entspricht auch einer Forderung, die in einem Bericht der Arbeitsgruppe „Hochschulforschung“ des

Wissenschaftsrats vom Juli 1972 enthalten ist, daß in der integrierten Gesamthochschule „gemeinsame Fachbereiche für die gleichen, analogen oder parallelen Disziplinen der vorher selbständigen Hochschulen“ zu bilden sind.

2.2.3 Zentrale Einrichtungen

An jeder Gesamthochschule sind als Zentrale Einrichtungen errichtet oder vorgesehen:

- die Gesamthochschulbibliothek (vgl. hierzu S. 55 f)
- das Hochschuldidaktische Zentrum (vgl. hierzu S. 57 ff)
- die zentrale Studienberatungsstelle (vgl. hierzu S. 62)
- das audiovisuelle Medienzentrum (vgl. hierzu S. 58 f)
- das Rechenzentrum
- die technische Betriebszentrale

2.3 Aufbau

Rechtzeitig zum Errichtungstermin konnten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die neuen Gesamthochschulen am 1. August 1972 handlungsfähig zu machen.

Berufung der Gründungsrektoren:

Gemäß § 18 GHEG wurde im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen für jede Gesamthochschule der Gründungsrektor berufen. Die Stellen waren im April 1972 ausgeschrieben worden; es gingen etwa 40 Bewerbungen ein. Weitere Persönlichkeiten wurden vom Minister für Wissenschaft und Forschung angesprochen.

Alle Gründungsrektoren sind ordentliche Professoren an der jeweiligen Gesamthochschule und damit auch korporationsrechtlich mit ihr verbunden.

Berufung der Gründungssenate:

Nach dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz war dem Minister für Wissenschaft und Forschung aufgegeben, für jede Gesamthochschule einen Gründungssenat zu berufen, dem jeweils – außer Gründungsrektor und Kanzler – zehn (Essen: 15) von den übergeleiteten Einrichtungen gewählte Mitglieder und bis zu zehn (Essen: 15) vom Minister für Wissenschaft und Forschung im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen ernannte Mitglieder angehören. Die Wahlen für den Gründungssenat fanden in den übergeleiteten Einrichtungen aufgrund einer vom Minister für Wissen-

schaft und Forschung erlassenen Wahlordnung im Juni 1972 statt. Aus jeder Einrichtung wurden zwei Hochschullehrer, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (mit Ausnahme der Fachhochschulen), ein Student (bei Fachhochschulen zwei Studenten) und ein nicht-wissenschaftlicher Mitarbeiter gewählt.

Die vom Minister für Wissenschaft und Forschung zu berufenden Mitglieder der Gründungssenate sollten gemäß § 19 GHEG in der Regel Fachvertreter neu einzuführender Studiengänge sein. Für diesen Teil der Gründungssenate sind im Gesamthochschulentwicklungsgesetz keine Paritäten festgesetzt. Es war jedoch von Anfang an vorgesehen, neben Hochschullehrern auch wissenschaftliche Mitarbeiter und graduierte Studenten zu berufen. Die Stellen sind dementsprechend im April 1972 überregional ausgeschrieben worden. Insgesamt gingen knapp eintausend Bewerbungen ein. Mit allen Bewerbern, die in die nähere Wahl kamen, sind Gespräche geführt worden (Auswahlkriterien waren: wissenschaftliche Qualifikation, Erfahrungen in der Hochschulselbstverwaltung, Aufgeschlossenheit und Engagement in Fragen der Studienreform und Bejahung des Konzepts der integrierten Gesamthochschule). Es wurde Wert darauf gelegt, daß die Bewerber ebenso wie die Gründungsrektoren bereit waren, sich zugleich mit der Berufung in den Gründungssenat auch korporationsrechtlich an die Gesamthochschule zu binden.

Die Gründungssenate haben Anfang August 1972 mit konstituierenden Sitzungen, zu denen die Öffentlichkeit eingeladen war, ihre Tätigkeit aufgenommen.

Bestellung der Kanzler:

Die Kanzlerstellen wurden im März 1972 überregional ausgeschrieben. Aus dem Kreis von etwa 60 Bewerbern wurden die Kanzler ausgewählt und im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen bestellt.

Um den Aufbau der Verwaltung zu erleichtern, wurde nach Erörterung mit den Kanzlern ein einheitlicher Verwaltungsgliederungsplan für alle fünf Gesamthochschulen in Kraft gesetzt und ein Mustergeschäftsverteilungsplan erlassen.

Bildung der Gründungsrektorate:

Alle Gesamthochschulen haben entsprechend den Vorschriften der Vorläufigen Grundordnungen jeweils drei Konrektoren gewählt,

die zusammen mit dem Gründungsrektor und dem Kanzler das Gründungsrektorat bilden und zugleich Vorsitzende einer Ständigen Kommission sind.

Konstituierung der Kuratorien:

Die Bildung der Kuratorien gemäß § 22 GHEG ist an allen Orten erfolgt.

Aufnahme in das Hochschulverzeichnis:

Nach positiver Stellungnahme des Wissenschaftsrats wurden die Gesamthochschulen Anfang 1973 von der Bundesregierung in das Hochschulverzeichnis nach dem Hochschulbauförderungsgesetz aufgenommen.

2.4 Studienangebot

Die Gesamthochschulen bieten gegenwärtig folgende Studiengänge an:

	Duisburg	Essen	Paderborn	Siegen	Wuppertal
Integrierte Studiengänge: Zugangsvoraussetzung: Abitur oder Fachhochschulreife Dauer: 6 Semester und 8 Semester Abschluß: Diplom	Wirtschaftswissenschaften Sozialwissenschaften Mathematik Physik Chemie Maschinentechnik Elektrotechnik Bauingenieurwesen Sicherheitstechnik	X — X X X X — X —	X — X X X X X — —	X — X X X X X X —	X X X X X ¹ X X X X
Lehramtsstudiengänge: Zugangsvoraussetzung: Abitur oder als gleichwertig anerkannte Zeugnisse Dauer: 6 Semester (P + S I) 8 Semester (SII) Abschluß: Erste Staatsprüfung	Lehramt an der Grundschule (Primarstufe) Lehramt an der Hauptschule und an der Realschule (Sekundarstufe I) Lehramt am Gymnasium (Sekundarstufe II) Lehramt an berufsbildenden Schulen (Sekundarstufe II)	X X X X X X X X	X X X X X X X X	X X X X X X X X	X X X X X X X X

2.4 Studienangebot (Fortsetzung)

	Duisburg	Essen	Paderborn	Siegen	Wuppertal
Andere Studiengänge: Zugangsvoraussetzung: Abitur Dauer: 8 Semester Abschluß: Diplom	X	X	X	X	X
Zugangsvoraussetzung: Abitur Dauer: 11 Semester Abschluß: Staatsprüfung	—	X ²	—	—	—
Zugangsvoraussetzung: Fachhochschulreife Dauer: 6 Semester Abschluß: Graduierung	—	X	—	X	—
	—	X	X	X	—
	—	—	—	—	—
	X	X	—	—	X
	—	X	—	—	X
	—	X	—	—	—
	—	—	X	—	—

1) zum Wintersemester 1975/76

2) Klinische Ausbildung; Vorklinik zum Wintersemester 1975/76